

Aggression gegen Vietnam politische und materielle Unterstützung leisten. Die Regierung Kiesinger/Strauß/Brandt hat damit schwere Mitschuld an den Kriegsverbrechen, die am vietnamesischen Volk begangen werden, auf sich geladen.

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands appelliert an das Volk der DDR, im Geiste des proletarischen Internationalismus die weltweite Aktion der Solidarität für den gerechten Kampf des vietnamesischen Brudervolkes weiter zu verstärken. Es ruft die Arbeiterklasse, alle friedliebenden und demokratischen Kräfte in Westdeutschland auf, die Schande der fortgesetzten Unterstützung der USA-Aggression durch die Bundesregierung nicht länger zu dulden und dem aggressiven Komplott Bonn-Washington Einhalt zu gebieten.

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands teilt vollkommen die Auffassung des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages, daß die Verhinderung der Weiterverbreitung von Kernwaffen größte aktuelle Bedeutung hat und daß es wichtig ist, dieses Problem zu lösen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands stimmt der in Sofia beschlossenen Erklärung der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Frage der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zu. Der sowjetische Entwurf eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen vom 18. Januar 1968 ist ein geeignetes Mittel, um der globalen Ausdehnung des atomaren Wettrüstens Einhalt zu gebieten und ein sprunghaftes weiteres Anwachsen der Gefahr eines Kernwaffenkrieges zu verhindern. Die Weiterverbreitung von Kernwaffen auszuschließen erfordert in erster Linie, daß die westdeutsche Bundesrepublik nicht in den Besitz von Massenvernichtungsmitteln gelangt. Dem Ziel der sozialistischen Staaten und aller friedliebenden Völker in der ganzen Welt, die Weiterverbreitung von Kernwaffen nicht zuzulassen und vor allem dem Bonner Kernwaffenstreben einen Riegel vorzuschieben, wird der sowjetische Entwurf eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen gerecht. Es liegt ebenso im Interesse der Sicherheit der sozialistischen wie aller anderen Staaten und Völker, daß dieser Vertrag schnellstens abgeschlossen und in Kraft gesetzt wird.

Mögen die Völker und Staaten eingedenk ihrer Verantwortung vor der